



**Niederschrift
zur 4. Sitzung
des Integrationsrates
am 02.06.2022
um 17:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein,
Paaltjessteeg 1, 46446 Emmerich am Rhein**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.03.2022
- 3 07 - 17 0666/2022 Gesundheitskarten für Migranten;
hier: Antrag der SPD-Fraktion an den Integrationsrat der Stadt
Emmerich am Rhein
- 4 Einrichtung eines Biogartens
- 5 Nähkurs für Frauen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte
- 6 Einrichtung eines Reparatur-Cafés
- 7 Bericht der Vorsitzenden
- 8 Bericht der Stabsstelle Integration und Demografie
- 9 07 - 17 0667/2022 Anfrage an die Verwaltung zum Thema "Interkulturelles Maß-
nahmenprogramm"
- 10 07 - 17 0668/2022 Bildungsteilhabe von geflüchteten Kindern;
hier: Antwort der Verwaltung
- 11 Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Arbeit mit den ukrainischen Flüchtlingen;
hier: Anfrage der Vorsitzenden
- 11.2 Arbeitsgruppe "Überarbeitung der GO";
hier: Anfrage von Mitglied Seyrek
- 12 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Sabina Palluch

Mitglieder

Frau Revse Akyel

anwesend ab 17:06 Uhr

Frau Ilona Brockmann

Frau Hafize Özden

Mitglieder CDU

Herr Botho Brouwer

Frau Sultan Seyrek

Mitglieder SPD

Frau Meike Schnake-Rupp

Frau Sandra Wittke

als Vertreterin für Mitglied Braun

Mitglieder GRÜNE

Frau Hermine Swhajor

als Vertreterin für Mitglied Kaiser

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze

Bürgermeister

Herr Andreas Abels

Frau Vera Artz

Herr Bryan Delsing

Schriftführer

Die Vorsitzende Frau Palluch eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

Sie begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Integrationsrates, die Vertreter der Verwaltung und stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen ist.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es gibt unter den Anwesenden keine Fragen.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.03.2022

Gegen die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.

**3. Gesundheitskarten für Migranten;
hier: Antrag der SPD-Fraktion an den Integrationsrat der Stadt Emmerich
am Rhein
Vorlage: 07 - 17 0666/2022**

Frau Schnake-Rupp teilt mit, dass die Verwaltungsvorlage vorschläge dem Antrag der SPD nicht zu folgen. Sie möchte an die Mitglieder des Integrationsrates appellieren entgegen dieses Vorschlages zu entscheiden und dem Antrag der SPD zu folgen, um diesen somit an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein weiterzuleiten. Grund hierfür sei, dass der Integrationsrat den Menschen in den Vordergrund stellen sollte und nicht die Kosten- oder Nutzensituation. Die Verbesserung der Lebensumstände und eine möglichst würdevolle Behandlung der flüchtenden Menschen sollten hierbei oberste Priorität haben. Darüber hinaus sei die Ärztesituation ohnehin schon schwer genug. Die händische Erfassung der Daten anhand eines Krankenscheines erschwerten die Suche nach einem Arzt und die Terminvergabe zusätzlich.

Herr Brouwer teilt mit, dass er sich dem Antrag anschließen könne. Aus persönlicher Erfahrung sei die Vorgehensweise mit den Krankenscheinen für die Asylbewerber und ggf. für die Betreuer mit erheblichen Aufwand verbunden.

Herr Hinze teilt mit, dass dieses Thema schon mal diskutiert worden sei. Er ergänzt, dass sich an der Sachverhaltsdarstellung dabei nichts ändern werde und im Antrag aus seiner Sicht ausreichend begründet wurde, aus welchen Gründen die Verwaltung gegen die Einführung einer Gesundheitskarte sei. Darüber hinaus sei der Kostenfaktor nicht außer Acht zu lassen, da in vielen Gremien Diskussionen zur Haushaltskonsolidierung stattfänden und hierbei sei auch dieses Thema zu berücksichtigen.

Frau Palluch ergänzt, dass sie ebenfalls aus eigener Erfahrung wisse, dass die Aufnahme von Patienten mit Behandlungsschein kompliziert sei. Der Aufwand für die Praxen sei hoch, da der Behandlungsumfang sich nur auf Schmerzpatienten und Notfälle bezöge.

Die Vorsitzende Frau Palluch lässt darüber abstimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen und den Antrag der SPD an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein weiterzuleiten.

Beschlussvorschlag

Der Integrationsrat beschließt, dem Antrag der SPD-Ratsfraktion nicht zu folgen.

Stimmen dafür 9 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

4. Einrichtung eines Biogartens

Frau Palluch schlägt vor, dass Frau Özden für das Thema Biogarten zur nächsten Sitzung ein Konzept ausarbeiten könne, damit der Integrationsrat sich genauer mit der Idee auseinandersetzen könne.

Frau Schnake-Rupp stellt die Frage, inwieweit bei dieser Idee eine Integration stattfinden soll, sodass dieses Thema auch für das Gremium als Integrationsrat geeignet sei.

Frau Özden teilt mit, dass das Ziel des Biogartens sei, Menschen zusammenzubringen um miteinander an diesem Garten zu arbeiten. Hier schwebt ihr vor, dass Asylbewerber als ehrenamtliche Tätigkeit mithelfen könnten um nicht zuhause sitzen zu müssen. Sie sei aber damit einverstanden, dass Thema auszuarbeiten, damit in der nächsten Sitzung darüber diskutiert werden könne.

5. Nähkurs für Frauen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte

Frau Özden teilt mit, dass nähen für viele Leute interessant sei. Sie sei in der Vergangenheit des Öfteren angesprochen worden, wann Sie ihren Nähkurs beginnen werde. Wo ggf. ein Nähkurs stattfinden könne und in welcher Form wolle sie gerne im Integrationsrat ausdiskutieren.

Herr Hinze ergänzt, dass im Jahr 2015 bis 2016 ein Nähkurs stattgefunden habe als die damalige Flüchtlingskrise ihre Hochzeit hatte. Er empfiehlt hier Kontakt mit der Katholischen Kirche aufzunehmen, welche den Nähkurs für Flüchtlinge im St. Michaelsheim angeboten habe.

Frau Artz teilt mit, dass das Haus der Familie auf sie zugekommen sei mit einer ähnlichen Idee im Zuge der Krise in der Ukraine. Hier könne sie gerne den Kontakt herstellen um einen Austausch und vielleicht eine Zusammenarbeit anzuregen.

6. Einrichtung eines Reparatur-Cafés

Frau Özden teilt mit, dass sie dieses Thema bereits in verschiedenen Gremien angesprochen habe. Grund hierfür sei, dass sie die Einrichtung eines Reparatur-Cafés aus verschiedenen Gründen für sinnvoll erachtet. Sie teilt mit, dass sie die Idee bereits aus Kleve kenne. Dort finde jeden Samstagvormittag das Reparatur-Café im Jugendzentrum statt. Gegen eine kleine Spende würden dort verschiedenste Gegenstände von ehrenamtlichen Personen repariert. Dies trage zur Nachhaltigkeit deutlich bei. Darüber hinaus biete dies für Asylbewerber die Möglichkeit, die Zeit von sechs Jahren bis zur Anerkennung durch ehrenamtliche Tätigkeiten zu reduzieren.

Frau Palluch ergänzt zu diesem Vorschlag, dass zunächst die Frage geklärt werden müsse, ob die Verwaltung die nötige Kapazität und Kompetenz besitze diese Idee umzusetzen oder zu unterstützen.

Herr Hinze teilt mit, dass die Verwaltung das Problem habe, für solche Aufgaben nicht genug Mitarbeiter zu haben. Solche Ideen und Projekte entstammen in der Regel dem Ehrenamt und ehrenamtlichen Organisationen. Dies könne keine Aufgabe der Verwaltung sein. Die Verwaltung könne hier höchstens bei verschiedenen Fragen unterstützend tätig werden. So beispielsweise bei der Suche nach Räumlichkeiten oder der Vermittlung zwischen Asylbewerbern und dem Reparatur-Café für ehrenamtliche Tätigkeiten. Auch hier sei jedoch zunächst ein Konzept zu entwickeln um herauszuarbeiten, welches Ziel man erreichen wolle, mit wem und in welchem Umfang.

Frau Özden ergänzt, dass ein Hauptgedanke der Idee sei, Asylbewerbern die Möglichkeit zu geben, durch ehrenamtliche Tätigkeit die Anerkennungszeit von sechs auf drei Jahren zu reduzieren.

Gleichzeitig würden so Asylbewerber die Möglichkeit bekommen Ihre Fähigkeiten Sinnvoll einzusetzen und diese noch weiter ausbauen zu können.

Herr Hinze schlägt vor, dass sich Frau Özden mit Ihren Kontakten zum Reparatur-Café Kleve nach dem vorhandenen Konzept erkundigen könne und ggf. einen Betreiber oder Verantwortlichen dieses Cafés einladen könne über dieses Projekt zu berichten, sodass man einen genauen Eindruck bekomme wie und durch wen ein solches Projekt umzusetzen sei und inwiefern dieses eine Integration fördern könne.

Frau Özden bedankt sich für diesen Vorschlag und versuche den Kontakt herzustellen und jemanden für die nächste Sitzung einzuladen.

7. Bericht der Vorsitzenden

Die Vorsitzende Frau Palluch berichtet über ihre Arbeit für den Integrationsrat in der Zeit vom 3. März 2022 bis zum 2. Juni 2022.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

8. Bericht der Stabsstelle Integration und Demografie

Frau Artz berichtet über die Stabsstelle Integration und Demografie.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

9. Anfrage an die Verwaltung zum Thema "Interkulturelles Maßnahmenprogramm"

Vorlage: 07 - 17 0667/2022

Herr Hinze teilt mit, dass er äußerst verwundert über diese Anfrage gewesen sei und diese bei ihm Fragen aufwerfe. Dieser Antrag sei ein Musterantrag des Landesintegrationsrates. Für die Zukunft möchte er dazu anregen, dass Anträge einen Hinweis auf Versäumnisse für die Verwaltung geben, die an irgendeiner Stelle aufgetreten seien oder Aufschluss über Probleme geben. Denn diese Anfrage suggeriere, dass hier Probleme bei der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein vorhanden seien. Herr Hinze führt aus, überzeugt davon zu sein, dass in der Stadtverwaltung Emmerich kein Problem mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bestehe. Des Weiteren sehe er hier das Problem, dass viele ausländische Mitarbeiter laut Statistik nicht auftauchen, da diese mittlerweile einen deutschen Pass besäßen.

Frau Palluch erklärt, dass der Integrationsrat sich mit vielen verschiedenen Themen befassen müsse, dazu zählen eben auch die Themen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Es gäbe nach Ihrer Einschätzung keine akuten Probleme in dieser Richtung in der Verwaltung, sodass diese Anfrage kein Vorwurf darstelle, sondern eine rein präventive Maßnahme sei.

Sie halte es allerdings für wichtig, auch ohne konkreten Hinweise einen aktuellen Stand in Erfahrung zu bringen, um einen Überblick zu erhalten wie die Situation in Emmerich am Rhein sei. Dies sei eine Voraussetzung um weiter arbeiten zu können. Frau Palluch teilt mit, dass diese Anfrage bereits in vielen Kommunen gestellt und ohne Einwände beantwortet wurde.

Für den Fall, dass es Probleme mit der Definition und der Auswertung der angefragten Werte gäbe, könne Sie diesbezüglich gerne nochmals Rücksprache mit dem Landesintegrationsrat halten, sodass dieser eine Hilfestellung zur Auswertung geben könne. Jedoch bestehe der Anspruch seitens des Integrationsrates nach diesen Werten zu Fragen, auch wenn der Integrationsrat selbst keine Anhaltspunkte für vorhandene Probleme sähe.

Herr Hinze stimmt zu, dass der Integrationsrat das Recht habe nach allem zu Fragen was dieser wissen wolle. Jedoch bestehe in den Ausführungen von Frau Palluch eine Verquickung zwischen einer gesellschaftlichen Frage und der Anfrage, die speziell an die Verwaltung gerichtet sei. Es werde durcheinandergebracht, dass es in dem Antrag um Rechtsextremismus und Rechtspopularität gehe und nicht wie angesprochen, um die Frage wie bspw. Menschen mit Migrationshintergrund in die Verwaltung eingebunden werden. Zu dieser Frage teilt er mit, dass in der Stadtverwaltung verschiedene Nationalitäten vertreten seien.

Herr Brouwer teilt mit, dass er sich nicht mit diesem Antrag identifizieren könne, da ihm dieser zu theoretisch sei. Er finde, dass man keine Probleme herbeiführen solle, wo es keine gebe. Die Antwort von Herrn Hinze würde ihm im Zuge dieser Anfrage hier genügen. Er weist darauf hin, dass man sich hier nicht mit größeren Städten beispielsweise im Ruhrgebiet vergleichen dürfe. Bei diesen können solche Umfragen durchaus Sinn machen, jedoch nicht in Emmerich am Rhein.

Frau Seyrek teilt mit, dass auch sie immer wieder den Alltagsrassismus, auch im kleinen Rahmen, erlebe. Jedoch dürfe man dabei nicht die positiven Dinge außer Acht lassen. Sie sei dankbar und stolz, dass die Stadtverwaltung bereits mehrere Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt habe und diese durch die sozialen und kulturellen Kompetenzen so manch heikle Situation entschärfen können und so eine Bereicherung darstellen. Sie schließt sich Herrn Brouwer an und ihr reiche die Antwort des Bürgermeisters.

Dem schließe sich auch Frau Schnake-Rupp an. Sie finde schon, dass eine Sensibilisierung in manchen Bereichen Sinn mache und es sinnvoll sei, entsprechende Schulungen anzubieten. Dem hier vorgelegten Antrag könne sie sich allerdings nicht anschließen, da ihr auch der Nutzen dieser Umfrage nicht klar sei. Denn man wolle hier sicherlich keine Quote einführen und somit sei die Zahl, welche ausgewertet würde, irrelevant. Denn die Besetzung eines Arbeitsplatzes biete mehr Aspekte als den Migrationshintergrund.

Frau Palluch erwidert, dass der Nutzen dieser Anfrage sei, einen Überblick zu bekommen um zu wissen, ob es Mitarbeiter gebe, die bestimmte Sprachen sprechen um bei Verständigungsproblemen auszuweichen. Hier gehe es darum herauszufinden welche Sprachen in der Verwaltung gesprochen werden und wo sich Ansprechpartner für gewissen Sprachen befänden.

Herr Hinze teilt mit, dass hier unterstellt werde, dass eine Einstellung allein aufgrund des Migrationshintergrundes erfolge. Bei einer Einstellung ginge es einzig und allein um die Leistungen und die Befähigungen und eine entsprechende Ausbildung. Er könne eine Liste vorlegen in der enthalten sei, wie viele Mitarbeiter mit welchen Nationalitäten bei der Verwaltung arbeiten.

Jedoch würde dies niemanden weiterbringen. Denn auch wenn es beispielsweise Mitarbeiter gebe, die polnisch sprechen, bedeute dies nicht, dass die Hilfe in Form der Übersetzung dort zur Verfügung stünde wo sie in dem Moment gebraucht werde. Herr Hinze versichert nochmal, dass es egal sei wo jemand herkomme und welche Nationalität jemand habe.

Die eingestellte Person muss die Aufgabe bewältigen, die Verantwortung tragen und die Arbeit erledigen können.

Frau Swhajor teilt mit, dass sie den Antrag nicht gelungen finde. Wenn hier konkrete Fragen geklärt werden sollen, dann sollten diese besser einfach direkt gestellt werden anstatt in Form dieses ausgeweiteten Antrages.

Frau Palluch empfinde es nicht als Problem im Zuge dieses Antrages zu fragen, ob Schulungen gegen Rechtsextremismus angeboten werden.

Herr Hinze teilt mit, dass in der Verwaltung eine ausreichende Anzahl Mitarbeiter mit Migrationshintergründen und Migrationsgeschichte eingestellt seien. Es gebe ebenso Kurse die sich mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beschäftigen. Allerdings besuchen die Mitarbeiter vorzugweise andere Schulungen. Beispielsweise Kurse in denen thematisiert werde, wie man sich vor aggressiven Kunden schützt. Grund hierfür sei, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Verwaltung kein Thema sei. Herr Hinze versichert, dass im Falle solcher Ausschweifungen in Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eine Abmahnung gefolgt von einer Kündigung die Folgen sei.

Frau Akyel teilt mit, dass auch sie den Antrag als zu hart empfinde. Der Integrationsrat sollte sich mit der speziellen Situation in Emmerich befassen. Wenn der Landesintegrationsrat so sehr an den im Antrag aufgeführten Werten interessiert sei, hätte man besser über Frau Artz als Stabstelle über eine Auswertung sprechen können. Aber den Antrag auf dieses harte Weise zu stellen halte Sie für den falschen Weg. Denn Sie sehe in Emmerich da eher andere Probleme als die in dem Antrag thematisierten.

Frau Palluch lässt über den Antrag entsprechend der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung, die Anfrage zu prüfen und zu beantworten.

Stimmen dafür 1 Stimmen dagegen 7 Enthaltungen 1

10. Bildungsteilhabe von geflüchteten Kindern; hier: Antwort der Verwaltung Vorlage: 07 - 17 0668/2022

Herr Hinze teilt mit, dass die Antwort zu der Anfrage bereits in der Sachdarstellung ausführlich gegeben sei. Emmerich am Rhein habe den Vorteil, dass hier keine Kinder in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht seien. Somit bestünde auch nicht die Gefahr, dass eben solche Kinder benachteiligt seien. Zum Zeitpunkt der Anfrage habe es in Emmerich elf geflüchtete Kinder gegeben, welche alle ausgestattet seien.

Des Weiteren sei Emmerich am Rhein stolz darauf, dass alle Schüler von weiterführenden Schulen mit iPads ausgestattet werden konnten. Dies sei zukünftig ebenfalls für die Grundschulen geplant.

Frau Palluch stellt die Frage wie sich die Situation in Bezug auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge darstelle.

Herr Hinze teilt mit, dass die Zahl an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sehr überschaubar sei. In Bezug auf die Ukraine Krise gebe es insgesamt fünf minderjährige Flüchtlinge. Darunter ein 9-jähriges Mädchen welches bei der Familie untergebracht worden sei und vier bis fünf 17-jährige Flüchtlinge im Familienverbund.

Frau Palluch teilt mit, dass die Corona Pandemie sich zwar im Moment etwas beruhigt habe, jedoch nicht absehbar sei, ob sich diese Situation nicht wieder verschlechtere.

Herr Hinze ergänzt, dass die ukrainischen Kinder, welche jetzt schulpflichtig werden, ebenfalls mit Einschulung ein entsprechendes iPad bekommen werden. Mit diesem können man natürlich in der Schule arbeiten aber auch von zuhause aus. Die Arbeit von Zuhause sei mit den entsprechenden Apps ebenfalls ohne ständige Internetanbindung möglich auch wenn dann kein direkter Kontakt mit Lehrern oder Mitschülern hergestellt werden könne. Bei den ukrainischen Flüchtlingen könne man darüber hinaus noch nicht den Umfang abschätzen in welchem diese Menschen hier vor Ort bleiben. Seit dem 01.06.2022 sei die Situation so, dass die ukrainischen Flüchtlinge direkt Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten. Dadurch bestehe Anspruch auf Wohnraum, der angemietet werden könne und die sozialen Leistungen, die sie bekommen. Damit verbunden sei dann auch die Verantwortung, sich selber um die Einrichtung des Internets zu bemühen.

Frau Palluch teilt mit, dass Ihre Anfrage damit beantwortet sei. Sie ergänzt jedoch, dass die Antwort aber eben auch aufzeige, dass sich bei manchen Problemen wie in diesem Falle beim Thema des Zugangs zur Nutzung von Technologien, gewisse Probleme weiterhin im Auge behalten werden müssen, da sich die Problemlagen oder die Zielgruppen verändern. Bei der Anfrage ging es Ihr ebenfalls darum, von der Verwaltung zu erfahren, ob sich gewisse Bedarfe abgezeichnet hätten, da an die Verwaltung oft schneller Problemlagen herangetragen würden.

Herr Hinze nennt als kleines Beispiel für die Reaktion der Verwaltung das Thema des Krieges in der Ukraine. Als der Krieg ausgebrochen war hieß es, dass die Flüchtlingszahlen ähnliche Ausmaße wie zur Zeit der Flüchtlingskrise im Jahre 2016 annehmen werden. Daraufhin habe die Verwaltung Turnhallen vorbereitet, damit im Falle vieler Flüchtender Menschen eine kurzfristige Unterbringung möglich sei. Im Gegensatz zu der Flüchtlingskrise 2016 wurde jedoch nicht die große 3-fach Sporthalle ausgestattet, sondern mehrere kleine Sporthallen wie beispielsweise die Sporthalle in Elten. Eine der ersten Maßnahmen im Zuge der Bereitstellung der Eltener Turnhalle sei die Einrichtung von Internet gewesen. Grund hierfür sei gewesen, dass es für die flüchtenden Menschen kaum etwas Wichtigeres gäbe als mit Ihren sozialen Kontakten aus dem Heimatland in Verbindung zu bleiben. Auf die Weise wurde gleichzeitig ebenfalls sichergestellt, dass den Kindern die Möglichkeit des Homeschooling gegeben werde. Wenngleich die Priorität darin bestanden habe die Menschen nur möglichst kurz in der Turnhalle unterzubringen.

Herr Brouwer teilt mit, erfahren zu haben, dass die Kinder an der Leegmeer Schule und an der Gesamtschule sehr schnell mit I-Pads ausgestattet wurden, um den Unterricht aus der Ukraine zu ermöglichen. Die Einrichtung von WLAN in den entsprechenden Unterkünften sei ebenfalls zeitnah erfolgt.

Herr Hinze ergänzt, dass die Robin Gosens Stiftung sehr dazu beigetragen habe, die Kinder mit der entsprechenden Technik auszustatten.

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

11. Mitteilungen und Anfragen

11.1. Arbeit mit den ukrainischen Flüchtlingen; hier: Anfrage der Vorsitzenden

Frau Palluch bittet Herrn Brouwer über die Arbeit mit den ukrainischen Flüchtlingen zu berichten.

Herr Brouwer teilt mit, dass ein Lagerraum des ehemaligen Technischen Hilfswerkes (THW) zur Verfügung gestellt wurde. Hier wurden teilweise im großen Umfang Möbel angeliefert und von ehrenamtlichen Helfern abgeholt. Im Zuge der Umstellung auf SGB II wird das Lager deutlich mehr frequentiert, da mit Bewilligung von SGB II Leistungen ein Anspruch auf eigenen Wohnraum einhergeht, welcher entsprechend mit Möbeln ausgestattet werden müsse. Bisher konnten 4 Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser komplett eingerichtet werden. Der größte Bedarf bestehe momentan an Elektrogroßgeräten, da hier die Sachspenden an geringsten ausfallen. Die Spenden können Dienstag-, Donnerstag- und Samstagvormittag abgegeben werden. Entsprechende Ansprechpartner seien in der Zeitung veröffentlicht worden.

Frau Palluch bittet die Mitglieder diese Information weiterzutragen, sodass ggf. mehr Elektrogeräte gespendet werden. Weiterführend stellt sie die Frage, ob es neben diesen materiellen Dingen noch andere Bedarfe wie beispielsweise Beratung gebe.

Herr Brouwer teilt ergänzend mit, dass die Anträge für die SGB II Leistungen verschickt wurden und die ersten bereits eingetroffen seien. Er habe diesbezüglich Rücksprache mit Frau Anja Evers gehalten, um eine Hilfestellung in Form einer Dolmetscherin beim Ausfüllen der Anträge zu bieten. Diese Hilfe sei momentan ausreichend.

11.2. Arbeitsgruppe "Überarbeitung der GO"; hier: Anfrage von Mitglied Seyrek

Frau Seyrek stellt die Frage, nach der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Geschäftsordnung, welche in der letzten Sitzung gegründet wurde.

Frau Palluch teilt mit, dass ein erstes Treffen per Zoom stattgefunden habe, um zunächst das Grundgerüst zu erarbeiten.

Frau Seyrek erwidert, dass Sie keine Einladung erhalten habe, obwohl sie sich für die Teilnahme gemeldet habe.

Frau Palluch teilt mit, dass sie das kontrollieren werde und sicherstelle, Frau Seyrek für das nächste Mal einzuladen.

12. Einwohnerfragestunde

Es gibt unter den Anwesenden keine Fragen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

Der Niederschrift wird der Bericht der Vorsitzenden Frau Palluch sowie der Bericht der Frau Artz als Anlage beigefügt.

46446 Emmerich am Rhein, den 15. Juni 2022

Sabina Palluch
Vorsitzende

Bryan Delsing
Schriftführer